

GROSSER RAT

Sitzung vom 26. November 2013, Art. Nr. 2013-0284, romm/eb

PROTOKOLL

(GR.13.170-1) Aufgaben- und Finanzplan 2014-2017 mit Budget 2014; Fortsetzung der allgemeinen Aussprache; Beginn der Detailberatung; Lohnentscheid; Dekret über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (DAF); Änderung; Beschlussfassung

Der Rat fährt fort mit der Behandlung der regierungsrätlichen Vorlage vom 14. August 2013 samt Änderungsanträgen der Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF) vom 7. November 2013 sowie der Fachkommissionen. Der Regierungsrat stimmt den abweichenden Anträgen teilweise zu.

Namens der KAPF referiert deren Präsident, Pascal Furer, Staufeu. Die KAPF beantragt Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen.

Fortsetzung der Allgemeinen Aussprache (AFP) bzw. Eintreten (Dekretsänderung)

Für die Fraktionen sprechen (Fortsetzung): GLP, Felix Jenni, Oberwil-Lieli; Grüne, Patricia Schreiber-Rebmann, Wegenstetten; SVP, Maya Meier, Staufeu; FDP, Josef Bütler, Spreitenbach; EVP, Dr. Roland Bialek; und BDP, Maya Bally Frehner.

Einzelvotanten: Thomas Burgherr, Wiliberg; Dr. Jürg Knuchel, Aarau; Manfred Dubach, Zofingen; Elisabeth Burgener, Gipf-Oberfrick; und Martin Christen, Spreitenbach.

Für den Regierungsrat nimmt Finanzdirektor Roland Brogli Stellung.

Detailberatung

Antrag 1

Durchschnittliche Erhöhung der Löhne für das Budget 2014; Festlegung

Die Beratung und Beschlussfassung über den Hauptantrag 1 gemäss Botschaft "*Für das Budget 2014 wird die durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne auf 0,5 % festgelegt.*" wird vorgezogen und direkt nach der allgemeinen Aussprache bzw. der Eintretensdebatte behandelt.

Der Regierungsrat beantragt, die durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne auf 0,5 % festzulegen. Die KAPF stimmt dem regierungsrätlichen Antrag zu.

Manfred Dubach, Zofingen, beantragt namens der SP-Fraktion, die durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne auf 1 % festzulegen.

Maya Meier, Staufeu, beantragt namens der SVP-Fraktion, die durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne auf 0,0 % festzulegen.

An der Diskussion beteiligen sich zudem Andreas Glarner, Oberwil-Lieli, Kurt Emmenegger, Baden, und Franziska Graf-Bruppacher, Aarau Rohr.

Nach Abschluss der Diskussion nimmt Finanzdirektor Roland Brogli Stellung.

Abstimmungen

Durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne

Gegenüberstellung:

Antrag SP für 1,0 %	44 Stimmen
Antrag SVP für 0,0 %	82 Stimmen

Hauptabstimmung:

Antrag SVP für 0,0 %	71 Stimmen
Antrag Regierungsrat für 0,5 %	57 Stimmen

Somit wird auf eine Erhöhung der Löhne für das Jahr 2014 verzichtet.

Detailberatung

Dekret über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (DAF); Änderung

Der Regierungsrat beantragt den vorliegenden Entwurf zu genehmigen. Die KAPF stimmt dem regierungsrätlichen Antrag zu.

Titel, I., § 2, § 8, § 37, Anhänge, II., III., IV.

Zustimmung

Antrag 7 (gemäss Botschaft)

Der Entwurf der Änderung des Dekrets über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (DAF) wird mit 109 gegen 0 Stimmen beschlossen.

Grosser Rat, Gerichte, Finanzkontrolle, Datenschutz

AB 010 Grosser Rat

(Angaben in tausend Franken)

Die KAPF beantragt im Einvernehmen mit dem Büro eine Kürzung des Globalbudgets um Fr. 10.

Saldo Globalbudget neu:

Fr. 4'638 (anstatt Fr. 4'648)

Zustimmung

Im Übrigen Zustimmung zu AB 010

AB 710 Rechtsprechung

Die KAPF beantragt im Einvernehmen mit der Justizleitung folgende Änderung zu Ziel 710Z003 Indikator 05:

Korrektur der Bemerkung (Druckfehler): Es wird damit gerechnet, dass die Urteile weiterhin auf dem Niveau 2012 bestätigt werden.

Zustimmung

Im Übrigen Zustimmung zu AB 710

AB 810 Finanzaufsicht

Zustimmung

AB 820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz

Die Kommissionen KAPF und AVW beantragen im Einvernehmen mit der Beauftragten für Öffentlichkeit und Datenschutz (OEDB) einen Überprüfungsauftrag zum Ziel 820Z001: Das Ziel ist auf das Budget 2015 hin zu überprüfen. Es sind entsprechende Anpassungen bei den Standards vorzunehmen, so dass es sich tatsächlich um Standards und nicht um Prognosen handelt.

Zustimmung

Im Übrigen Zustimmung zu AB 820

Regierungsrat

AB 100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte

Dieter Egli, Windisch, beantragt die Streichung der pauschalen Minderausgaben und Mehreinnahmen aus der Leistungsanalyse in den Planjahren 2015, 2016 und 2017.

Saldo Globalbudget neu: (Angaben in tausend Franken)

2015: Fr. 47'708 (anstatt Fr. -7'292)

2016: Fr. 48'224 (anstatt Fr. -31'776)

2017: Fr. 50'297 (anstatt Fr. -69'703)

Für den Regierungsrat nehmen Landammann Alex Hürzeler und Finanzdirektor Roland Brogli Stellung.

Der Antrag von Dieter Egli, Windisch, wird mit 81 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

Somit Zustimmung zu AB 100

Staatskanzlei

AB 120 Zentrale Stabsleistungen

Die Kommission AVW beantragt folgende Änderung zum Ziel 120Z005 Indikator 01 im Planjahr 2017: Die Anzahl betreute Organe im Bereich Aussenbeziehungen soll neu 16 (anstatt 15) sein, mit dem Gedanken, dass die Zusammenarbeit mit dem Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) nicht aufgegeben wird.

KAPF und Regierungsrat lehnen den Änderungsantrag der Kommission AVW ab.

Roland Agustoni, Rheinfelden, beantragt: "Es sei dem Antrag der Fachkommission AVW zuzustimmen und somit die Zusammenarbeit mit dem Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) nicht aufzugeben."

Nach Abschluss der Diskussion nimmt für den Regierungsrat Finanzdirektor Roland Brogli Stellung.

Der Änderungsantrag der Kommission AVW und von Roland Agustoni, Rheinfelden, wird mit 73 gegen 52 Stimmen genehmigt.

In der Vorlage 13.179 (Zusatzfinanzierungen II 2013) wurde der Zusatzkleinkredit "1.3.1 Aufgabebereich 120 'Zentrale Stabsleistungen', Fr. 1'139'000.–, Politische Rechte; Weiterentwicklung Vote électronique und Pilotvorhaben zur Ausbreitung im Kanton Aargau" abgelehnt.

Im Übrigen Zustimmung zu AB 120

Departement Volkswirtschaft und Inneres

AB 210 Polizeiliche Sicherheit

AB 215 Verkehrszulassung

Zustimmung

AB 225 Migration und Integration

Die Kommissionen SIK und KAPF beantragen im Einvernehmen mit dem Regierungsrat folgende Änderung zum Entwicklungsschwerpunkt 225E001:

2014–2017 Umsetzung der drei Pfeiler (Information und Beratung / Bildung und Arbeit / weitere)

2014–2017 erfolgt die Umsetzung des Programms

Zustimmung

Die KAPF beantragt folgende Anpassung des Globalbudgets: Das Globalbudget soll jährlich um 150 gekürzt werden.

Saldo Globalbudget neu: (Angaben in tausend Franken)

2014: Fr. 4'308 (anstatt Fr. 4'458)

2015: Fr. 4'975 (anstatt Fr. 5'125)

2016: Fr. 4'811 (anstatt Fr. 4'961)

2017: Fr. 5'064 (anstatt Fr. 5'214)

Der Regierungsrat lehnt den Antrag ab.

Kurt Emmenegger, Baden, beantragt den Antrag der KAPF abzulehnen und somit dem Antrag des Regierungsrates zu folgen.

Nach Abschluss der Diskussion nimmt für den Regierungsrat Innendirektor Dr. Urs Hofmann Stellung.

Der Antrag der KAPF wird mit 84 gegen 41 Stimmen abgelehnt und somit wird dem Antrag des Regierungsrats und von Kurt Emmenegger gefolgt.

Im Übrigen Zustimmung zu AB 225

AB 230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration

AB 235 Register und Personenstand

AB 240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich

AB 245 Standortförderung

Zustimmung

AB 250 Strafverfolgung

Die Kommission SIK beantragt folgende Änderung zum Ziel 250Z005 Indikator 05:

Anteil der hängigen Verfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten (Maximalwert) 6% (anstatt 10%)

Die KAPF stimmt zu und beantragt folgende Ergänzung: *Gültig auch für die Planjahre*

Der Regierungsrat stimmt den Änderungen zu.

Zustimmung

Im Übrigen Zustimmung zu AB 250

AB 255 Straf- und Massnahmenvollzug

Die KAPF beantragt im Einvernehmen mit dem Regierungsrat folgende Änderung zu Ziel 255Z007 Indikator 01: Anteil innert Jahresfrist absolvierter Abschlussprüfungen von Berufsvorbereitungsklassen-Schülern.

Planjahr 2014	67%	(anstatt 63%)
Planjahr 2015	67%	(anstatt 63%)
Planjahr 2016	67%	(anstatt 63%)
Planjahr 2017	67%	(anstatt 63%)

Zustimmung

Im Übrigen Zustimmung zu AB 255

Departement Bildung, Kultur und Sport

AB 310 Volksschule

Die KAPF beantragt im Einvernehmen mit dem Regierungsrat folgende Änderung zu Ziel 310Z002 Indikator 01:

Präzisierung des Indikatortextes: *Anteil der Lernenden mit regulärem Alter bei Schulaustritt.*

Zustimmung

Elisabeth Burgener, Gipf-Oberfrick, beantragt namens der SP-Fraktion den Verzicht auf folgende kurzfristige Massnahmen im AB 310:

- Reduktion Krisenassistenzen 2014–2015
- Staffelung Zusatzlektionen 2015–2016
- Projekt neue Führungsstrukturen Volksschule (Reduktion finanzielle Mittel Schulleitungen) 2016–2017

Daraus ergeben sich folgende Erhöhungen der Globalbudgets:

2014	Fr. 573'509 (+ Fr. 1'100)	(anstatt Fr. 572'409)
2015	Fr. 568'173 (+ Fr. 2'600)	(anstatt Fr. 565'573)
2016	Fr. 576'172 (+ Fr. 4'700)	(anstatt Fr. 571'472)
2017	Fr. 589'332 (+ Fr. 2'900)	(anstatt Fr. 586'432)

Für den Regierungsrat nimmt Landammann Alex Hürzeler Stellung.

Der Antrag auf Verzicht der kurzfristigen Entlastungsmassnahme "Reduktion Krisenassistenzen" (Erhöhung Globalbudgets 2014 Fr. 1'100; 2015 Fr. 900) wird mit 84 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag auf Verzicht der kurzfristigen Entlastungsmassnahme "Staffelung Zusatzlektionen" (Erhöhung Globalbudgets 2015 Fr. 1'700; 2016 Fr. 4'000) wird mit 83 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag auf Verzicht der kurzfristigen Entlastungsmassnahme "Projekt neue Führungsstrukturen Volksschule" (Erhöhung Globalbudgets 2016 Fr. 700; 2017 Fr. 2'900) wird mit 89 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Im Übrigen Zustimmung zu AB 310

AB 315 Sonderschulung, Heime und Werkstätten

Zustimmung

AB 320 Berufsbildung und Mittelschule

Elisabeth Burgener, Gipf-Oberfrick, beantragt namens der SP-Fraktion den Verzicht auf folgende kurzfristige Entlastungsmassnahmen im AB 320:

- Integrationsprogramm Kantonale Schule für Berufsbildung 2014–2017
- Erhöhung Lektionenpauschale der Berufsfachschule 2014–2017

Daraus ergeben sich folgende Erhöhungen der Globalbudgets:

2014	Fr. 272'755 (+ Fr. 987)	(anstatt Fr. 271'768)
2015	Fr. 275'473 (+ Fr. 2'223)	(anstatt Fr. 273'250)
2016	Fr. 276'661 (+ Fr. 2'580)	(anstatt Fr. 274'081)
2017	Fr. 278'149 (+ Fr. 2'576)	(anstatt Fr. 275'573)

Für die Regierung nimmt Landammann Alex Hürzeler Stellung.

Der Antrag auf Verzicht der kurzfristigen Entlastungsmassnahme "Integrationsprogramm Kantonale Schule für Berufsbildung" (Erhöhung Globalbudgets 2014 Fr. 625; 2015 Fr. 1'500; 2016 Fr. 1'500; 2017 Fr. 1'500) wird mit 85 gegen 34 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag auf Verzicht der kurzfristigen Entlastungsmassnahme "Erhöhung Lektionenpauschale der Berufsfachschule" (Erhöhung Globalbudgets 2014 Fr. 362; 2015 Fr. 723; 2016 Fr. 1'080; 2017 Fr. 1'076) wird mit 84 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Somit Zustimmung zu AB 320

AB 325 Hochschulen

AB 335 Sport

Zustimmung

An dieser Stelle unterbricht die Präsidentin die Beratungen und schliesst die Sitzung.

Vreni Friker-Kaspar
Präsidentin

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler

- Departemente
- Staatskanzlei
- Obergerichtspräsident Kanton Aargau
- Generalsekretariat Gerichte Kanton Aargau (GKA)
- Finanzkontrolle
- Beauftragte für Öffentlichkeit und Datenschutz
- Abteilung Finanzen
- Abteilung Strategie und Aussenbeziehungen SK